

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1902

59 (12.3.1902) 1. Blatt

erzählt täglich mit Ausnahme
Sonn- und Feiertags und kostet
in Karlsruhe 10's Monats gebührt
vierteljährlich 2 M. 60 Pfg.
(monatlich 55 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pfg., mit Beilage 3 M. 65 Pfg.
Bestellungen werden jederzeit
entgegenommen.

Badischer Beobachter.

Post-Zeitungs-Liste 798.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtsseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Ver-
zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Kleinanzeigen 50 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Inserate nehmen außer der Expo-
sition alle Annoncen-Bureau an.

Redaktion und Expedition:
Königsplatz Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 59. 1. Blatt.

Mittwoch, den 12. März

1902

Mitbürger!

Wähler der 3. Klasse!

An Euch alle, die Ihr Euch zu den bürgerlichen
Parteien zählt, wenden wir uns.

Euch allen, die Ihr Frieden in der Gemeinde und
eine gerechte Vertretung wollt, rufen wir zu:

Auf zur Wahl!

Wählt keine Socialdemokraten!

Entsendet Männer in den Bürgerausschuß, die aus
Euren Reihen hervorgegangen sind. Laßt Euch nicht
durch die trügerischen Versprechungen der Socialdemokraten
täuschen. Vor der Wahl verschleiern und verheimlichen
sie ihre wahren Forderungen. Sehet aber in ihrem
Blatt, im „Volkfreund“ vom 13. Februar 1901,
nach! Dort steht ihr Gemeindegroßprogramm. Wollte man
dieses auch nur teilweise durchführen, würde sofort
eine Verdoppelung der Umlagen eintreten. Wer
hätte an diesen hohen Lasten am schwersten zu tragen?
Ihr Handwerker, Kaufleute, Beamte und
Arbeiter der 3. Klasse.

Wählt keine Socialdemokraten!

Die Socialdemokraten sagen, daß sie für die minder-
bezahlenden Klassen eintreten. In Wahrheit verfolgen
sie nur ihr Parteinteresse. An Denen, die nicht
zu ihnen gehören, liegt ihnen nichts, die wollen sie jeder
Vertretung berauben. Wir schlagen Euch Angehörige
aller Stände, Gewerbetreibende aller Stadtteile
Mitglieder der vier bürgerlichen Parteien vor:

Wählt keine Socialdemokraten!

Unsere Stadt wird unflätig, gerecht und spar-
sam verwaltet. Gerecht: Selbst die Socialdemokraten
wissen keinen begründeten Vorwurf zu erheben, unso-
mmer machen sie verfechtete, aber um so nichts
würdigere Angriffe. Sie reden von ungerechten Ein-
flüssen der Grundbesitzer und Industriegehaltigen. In den
beiden letzten Jahren haben in ganz Deutschland Grundbesitzer
und Aktionäre keine glänzenden Geschäfte gemacht, immer
noch haben Arbeiter in den großen Gesellschaften Ar-
beit und Verdienst gefunden und nichts verloren.
Sparfam wird die Stadt verwaltet: Trotz großer und
kostspieliger Unternehmungen ist seit Jahren keine Er-
höhung der Umlagen nötig gewesen.

Wählt keine Socialdemokraten!

Fort mit solchen Gegnern! Zeigt ihnen, daß
sich die Karlsruher Bürgerschaft durch gewissenlose
Gegereien einer Minderheit nicht vergewaltigen läßt.

Auf zur Wahl!

Der Wahlausschuß

der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Versehrtes Leben.

Erzählung von RUTH BRUN-SCHÜTZER.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ueberrascht richtete er den Blick nach jener Seite, von
wo die jugendliche Stimme erschalle. Er bemerkte einen
einfach gekleideten Knaben von ungefähr sechs Jahren.
Womöglich umarmen ein schmales, bleiches Gesichtchen
von wunderbarer Schönheit.“

„Still wollte der Knabe an dem feinen, fremden Herrn
vorübergehen, doch dieser hielt ihn mit der freundlichen
Frage an, woher er käme? Er wußte selbst nicht, was
ihn dazu drängte.“

„Ich suche die Wohnung des Herrn Professor Lindner,
denn mein Mütterchen ist schwer krank,“ antwortete der
Knabe bescheiden und resolut.“

„Wie heißt Du denn und wo wohnt Ihr?“
„Ich heiße Johannes und wir wohnen in der Schul-
straße Nr. 3,“ lautete die Antwort, während der Knabe
angstlich und verlegen den freundlichen Herrn anblickte.“

„Und wie heißt dein Mütterchen? Sprich mein
Süßling!“

„Mutter,“ antwortete der Knabe. „Mein armes
liebes Mütterchen ist krank und elend.“

„Und Dein Vater?“
„Ich habe keinen Vater,“ sagte der Knabe.
„Du hast keinen Vater, mein Sohn, und Johannes
heißt Du?“ Klang es leise und zitternd aus dem Munde
des Kindes, der sich zu dem schönen goldlockigen Knaben
hervorbeugte, welcher bereits mehr Vertrauen zu dem
großen, fremden Mann gewonnen hatte.“

„Wißt Du mich zu Deinem kranken Mütterchen führen,
mein süßer Junge?“ wandte er sich plötzlich an den
Knaben.“

„Ja, ich weiß nicht, ob ich das darf,“ antwortete er
zögernd. „Mütterchen will Niemand sehen. Die Menschen
sind alle so schlecht. Aber Sie sind vielleicht gut zu
meinem armen Mütterchen.“

„Sie sagen mir auch wo der
Herr Professor wohnt, nicht wahr? Mütterchen sagt
immer, nur der Herr Professor Lindner, oder der böse
Loh könnte ihr helfen. Ich muß ihn finden, lieber Herr,
mein armes Mütterchen darf doch nicht sterben!“ Schluchzte
der Knabe.“

„Du hast ihn gefunden mein Kind! Dein guter Engel
hat Dir den rechten Weg gezeigt. Ich bin es selbst.“

Ein schmerzliches Lächeln flog über sein ernstes Gesicht.
Dann wandte er sich zu dem Knaben, nahm ihn an der
Hand, indem er sagte:

„Ich will mit Dir gehen.“
Und vorwärts gingen sie durch die abgelegenen
Straßen der Stadt, bis hinaus an das äußerste Ende.
Vor einem großen, alten Hause machten sie endlich Halt.
„Hier wohnen wir, Herr Professor,“ sagte der Knabe.
Es ging eine große, dunkle Stiege hinauf, worauf
sie ein niederes Vorzimmer betraten. Die Thüre zum
Schlafzimmer stand offen.“

In einem der Betten lag die Kranke.
Ohne daß er von der Kranken bemerkt werden konnte,
stand der Professor, den Knaben fest an der Hand
haltend, todtenbleich, wie zu Stein erstarrt an der Thüre
und starrte auf das Krankenlager.“

Maria Magdalena Lindner liegt in den Kissen. Das
haupte so bleiche, schwärmerische Antlitz brennt in dunkler
Gluth, — das Fieber steigt, wirre Phantasien ummadeln
ihren Sinn.“

Maria Magdalena singt, — singt in abgerissenen
Worten Melodien, die ihre gottbegnadete Seele sich zum
Schwanengesang geboren — Ihre Stimme zieht wie
ein Echo voll traumhafter Seltsamkeit die Stille, weh
und klagend, wie die Seufzer einer Sterbenden an das
Herz des ernsten Mannes und ihm ist zu Muthe, als
müsse er eilen, wenn er noch in diese fieberheigen Augen
sehen wollte.“

Er schloß den dunklen Vorhang zurück und tritt mit
dem Knaben ein.“

(sonst) von Karboff (freil.), Büding (natl.), Frese
(freil. Vereinig.), Eichhoff (freil. Volksp.), Singer
(loc.) Daß der Antrag unter solchen Umständen ange-
nommen wird, verriet sich von selbst.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. März.

Das Gesetz zum Schutze des Genfer Neutralitätsge-
setzes wird in zweiter Beratung nach Bemerkungen des
Rechtsreferenten Abg. Dr. Gademann (natl.) auf Antrag
des Reichstages beschließen. Das Gesetz wird angenommen.
Abg. v. Bismarck (fractionlos) berichtet über die
Petition zu diesem Gesetzentwurf.

Nach kurzer Erwiderung seitens des Staatssekretärs
Dr. Grafen v. Posadowsky folgt die dritte Lesung des
Gesetzes: Generaldebatte.

Abg. v. Komierowski (Pole) polemisiert gegen den
Abg. Dr. Cautler, der unrichtige Angaben über die ruffi-
schen Schulen in Galizien gemacht habe. Er wirft ihm
„Klatsch“ vor nach „alter Weiber Manier“. (Lärm bei den
Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Gasse (natl.): Niemand habe voraus-
gesehen, daß die dritte Etatsberatung mit einer großen
polnischen Vorlesung beginnen würde, die der Vorredner
in unerhörter Weise gegen den zur Zeit kranken Dr.
Cautler richtete.

Vizepräsident Graf v. Helldorn theilt mit, daß er sich
den stenographischen Bericht kommen lassen werde, um sich
zu vergewissern, ob Komierowski den Ausdruck „alte
Weiber Manier“ bezüglich Cautlers gebraucht habe. Er
habe bei der Unruhe des Hauses den Ausdruck nicht gehört.
Er werde ihn nicht bilden.

Abg. Dr. Gasse (natl.): (Welfe) bejammert die Politik
des Reiches als centralistisch. Die Zersplitterung des Reiches
schreie fort.

Nach einer Bemerkung v. Komierowski bemerkt
Staatssekretär Kraetke: Er müsse gegen die Be-
hauptung des Vorredners, es seien Verlesungen des Brief-
geheimnisses durch Postbeamte in Polen vorgekommen,
entschieden Verwahrung einlegen.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) stellt in
dieser Beziehung weitere Ausführungen für die Einzel-
debatte in Aussicht.

Damit schließt die Generaldebatte.
Es folgt der Etat des Reichstages.

Abg. Eichhoff (freil. Volksp.) führt Beschwerde über
die mangelhaften Speisen in der Reichstagskantine.
Rehner wünscht weitere Anstellung eines Protokollanten
für die Budgetkommission, der vom Reichstage fest ange-
stellt sein müßte.

Vizepräsident Graf v. Helldorn verpricht, die Frage
bei der Aufstellung des nächsten Etats zu prüfen.
Beim Etat der Reichstagskantine und des Reichstags-
bureau bemerkt

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole), man
solle das Amt des Reichstagskassiers von dem des Minster-
präsidenten trennen, dann würde der Reichstagskassier wieder
Zeit finden, den Wünschen des Reichstages nachzukommen.
Der Reichstagskassier habe von einer polnischen Gefahr ge-
sprochen, aber die Verhandlung vor das Forum des Ab-
geordnetenhauses vertrieben. Wenn eine solche Gefahr vor-
liege, geböre deren Verhandlung zur Kompetenz des Reichs-
tages.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erwidert,
der Reichstagskassier sei durch ein leichtes Unwohlsein ver-
hindert, zu erscheinen. Die vom Vorredner berührte An-
gelegenheit sei eine rein preussische. Preußen werde sich
von seinen Grundgesetzen hinsichtlich der Staatsraison nicht
abbringen lassen. (Weisfall.)

Zum Etat des Auswärtigen bespricht
Abg. Wüchtersch (natl.) die Resolution, entspre-
chend dem Reichstagsbeschlusse vom 19. März 1901 zur Ver-
einfachung der Einrichtung von Handelskammern im Aus-
lande 20 000 Mark einzusparen. Der Redner befürwortet
die Resolution.

Abg. Gagenst (Centr.) befreit das Bedürfnis
nach Handelskammern im Auslande.
Staatssekretär v. Richtigsohn: Kleinere Plätze
könnten für solche Handelskammern nicht in Betracht
kommen. Die deutsche Firma sei wohl der Handelskammer
in Konstantinopel beigetreten, weil sie sich mit dem Import
französischer Waaren befaßen wolle. Gegenüber einer An-

regung Gagensths bemerkt er, daß sämtliche Konular-
aspiranten die Frankfurter Handelschule besuchen sollen.
Er verleihe sodann eine Reihe von Gutachten von Handels-
kammern, welche sich gegen das Projekt aussprechen.

Die Resolution wird schließlich abgelehnt.
Zu Position Gesundheitswesen und Konulate bemerkt
Unterstaatssekretär v. Richtigsohn, daß er die Äkten
über die Gefangenahme der Frau Angel aus Rinnert-
sack auf russischem Gebiet sich habe kommen lassen. Sie
wurde am 1. September v. J. freigegeben und befindet
sich in russischem Gewahrsam. Die russischen Behörden
haben Verdacht, daß die Frau verbotene Schriften nach
Rußland eingeschmuggelt. Dem Konjul in Libau, der sie
im Gefängnis besuchte, hatte die Frau im allgemeinen
nichts zu sagen. Der Abschluß der Angelegenheit steht
unmittelbar bevor; das Auswärtige Amt wird sich im Auge
behalten.

Auf eine Anfrage Dr. Gasses erklärt der Staats-
sekretär, die gegenwärtige Finanzlage verbiete eine
reichliche Dotierung der Fonds für die deutschen Schulen im
Auslande; hoffentlich aber werde die Finanzlage sich
bessern.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Schrader (freil.
Ver.) daß den Lehrern die im Auslande verbrachte Dienst-
zeit auf Beförderung und Dienstalter angerechnet werde, be-
merkt der Staatssekretär, daß hierüber ein Erlaß des
Staatsministers ergangen sei.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird in dritter
Lesung erledigt. Der Etat der Schutzgebiete wird ebenfalls
angenommen. Beim Etat des Innern greifen v. d.
Heidelberg (natl.) und Burm (Soc.) den Handelsminister
Köller an. Auf eine Bemerkung Büding über die 12 000
Mark-Affaire bemerkt Staatssekretär Dr. Graf v. P.
Posadowsky: Ich möchte Sie bitten, nun endlich die
Insinuationen zu unterlassen, als ob der preussische Han-
delsminister und ich von industriellen Unternehmern abhän-
gig seien. Der Tod Boedites ist ein schmerzlicher Verlust
für das Reich und den Staat. (Weisfall.)

Es wird eine Resolution Kranken angenommen, bezüg-
lich halbjähriger Vorlesung eines Gesetzentwurfs betreffend
Unfallversicherung für Arbeiter, die freiwillig zur Meinung von
Personen aus Lebensgefahr beigetragen haben.

Morgen 1 Uhr Weiterberatung.

Deutschland.

Berlin, 10. März.

— Der Nordb. Allg. Ztg. zufolge muß der Reichs-
kanzler Graf Bülow wegen eines leichten Influenza-
anfalles das Zimmer hüten.

— Die Nordb. Allg. Ztg. meldet: der Reichskanzler
hat dem Bundesrathe den Entwurf eines Gesetzes be-
treffend Abänderung des § 7 der Strafprozess-
ordnung vorgelegt. Freireisungen sollen danach bei
den Organen der periodischen Presse dort, wo die
Druckchrift erscheint, verfolgt werden. Nur
auf dem Wege der Privatklage soll die Verfolgung auch
am Wohnorte des Verlegten, doch nicht an drittem Orte
geschehen können. Der stehende Gerichtsstand der Presse
soll nach im Wesentlichen beibehalten werden.

Ausland.

Paris, 10. März. Der „Figaro“ meldet, es stehe
nunmehr fest, daß die Kammerwahlen am 27. April
stattfinden werden.

Caen, 10. März. Nach einer gestern von Mercier
abgehaltenen Versammlung kam es zu Strafverurtheilungen.
Mercier wurde beim Verlassen des Saales
mit Beschimpfungen empfangen; es kam zu Kauf-
ereien zwischen den Nationalisten und Republikanern,
wobei die Polizei einschreiten mußte.

Rom, 10. März. Abgeordnetenkammer. Das
Gesetz und die Tribünen sind stark besetzt. Bei der
Präsidentenwahl werden 402 Stimmen abgegeben,
davon 350 für Biancheri, 24 für Costa, 23 unbestimmt,
5 sind zerplittert. Die Wahl Biancheris wurde allseitig
befällig aufgenommen.

Madrid, 10. März. Im Ministerrathe sagte
Zagala über die Ergebnisslosigkeit der

vor bei dem ersten Besuche am 19. Oktober 1901 einen
interessanten Blick in das Gerippe, in das erste Werden
der Ausstellung thun, so hat heute das Ganze schon
seine feste Gestalt und Farbe gewonnen; man hat den
Eindruck des Vorabend's vor dem Feste, wo Alles in den
freudigen Regnen sich beilt, die letzte Hand an den
äußeren Schmuck zu legen. In dem verlassenen Zeit-
raume von 5 Monaten ist allerdings, begünstigt von
der ausnehmend günstigen Witterung, ganz gewaltig
geschafft worden, und wenn heute der Sonnenschein
sich über das rechtsseitige Gelände der Düsseldorf er-
gießt, so weht er seine goldnen Fäden über eine neue
Stadt mit hundert Thürmen, stülpeln und Säulen,
die sich aus einem bunten Gewirre der verschieden-
artigsten Baumwerke herausheben.

Und wie solide und sauber die leichten Gipsbauten
aussehen, die bald in leichten Formen und leichten
Farben den rheinischen Frohsinn verkörpern, bald in
mächtiger Architektur und kühner Konstruktion Zeug-
nis ablegen von dem Fleiß, der die schwierige Bau-
arbeit im Hand der rheinischen und roten Erde befeuert, von
dem Fleiß, den der schaffende Geist hier nimmt, um
sich die Natur nutzbar zu machen und den Hinder-
nissen, die sie ihm entgegenstellt, sein Joch aufzulösen,
zwischen diesen Stätten ernter Arbeit würden sich
reiche Anlagen hindurch, deren reizende Linien schon
jetzt zu erkennen sind und über welche der Frühling
sich ankündigt, seinen ersten zarten Hauch zu ergehen.
Geschäftiger noch als draußen geht es drinnen in
den weiten Hallen zu. Allerdings die meisten hüten
ihre Schätze noch sorgsam vor dem neugierigen Auge
der Besucher. In der endlosen Maschinenhalle aber,
wo der Fuß des gewöhnlichen Sterblichen erfürchtet
voll bei dem den Eingang bewachenden Beamten stockt,
da heben aus den Holzpergungen schon die größeren
Maschinen neugierig ihre Nase. Auf den über die
ganze Breite gespannten Drähten eilen die sogenannten
„Lauffagen“, kleinen Lokomotiven ähnlich, hin und

Die Düsseldorf Ausstellung 1902.

J. G. Düsseldorf, 8. März.

Zum zweiten Male war heute die rheinisch-west-
fälische Presse in der rheinischen Kunststadt zu Gast
geladen, um sich selbst von den großartigen Fort-
schritten und Auswendungen zu überzeugen, welche
die Ausstellungs-Vereinigung, die Künstlergesellschaft und nicht
zuletzt die Stadt Düsseldorf selbst gemacht haben, um die
rheinisch-westfälische Industrie-
und Gewerbe-Ausstellung, verbunden mit der deutsch-nationalen Kunst-
ausstellung, würdig zu beherbergen. Durften

Barren. Wir verlangen auf allen Gebieten der Verwaltung, der Beamten, gleiche Berücksichtigung. Wie steht es aber gerade auf diesem Gebiete seit mehr denn 40 Jahren aus? Die Katholiken, die Kirchenmänner, sind von allen maßgebenden Stellen ausgeschlossen, selbst alle halbwegs schmerzhaften Männer ferngehalten, in den einzelnen Bezirken sind es nur einige liberale Männer, 2-3 der Herren, welche diktieren. Wir verlangen wir unbedingt eine größere Berücksichtigung, auch den Kreiswahlen solle mehr Beachtung geschenkt werden, denn hier sei die Stelle, woselbst die Bezirksräthe ernannt werden. Welche Stellung nimmt das Centrum zur Mittkatholiken- und Ordensfrage ein? Was die letztere Frage betreffe, verlangen wir vom Standpunkt der allgemeinen bürgerlichen Anschauung aus: Gerechtigkeit für die Ordnen. Hierfür habe Professor Neumann in Freiburg in seiner Proschüre beherzigenswerthe Worte geschrieben. Ueber das Mittkatholikengesetz vom Jahre 1874 habe z. B. Professor Stutz in Freiburg u. A. geschrieben: Der Mittkatholikenismus kann nicht mehr den Beifall eines vernünftigen denkenden Menschen gewinnen. Die Regierung empfinde selbst die Ungerechtigkeit des Mittkatholikengesetzes, indem sie schon einzelne Kräfte und Pfanden wieder den Katholiken zugewiesen habe. Konstantz mit 16000 Katholiken und 700 Mittkatholiken, Karlsruhe mit 4400 Katholiken und 340 Mittkatholiken seien immer noch nicht befriedigt. Welche Gefinnung hat die nationalliberale Partei in kirchenpolitischen Fragen? Dieser sagte einmal: Ich bin stolz, ein Kulturkämpfer zu sein! Und sein Nachfolger Oberländer und der Jubiläumsgesandte Binz reiten noch immer die alte Kulturkampfsprovinz in der politischen Arena herum. Redner erwähnte auch noch die kürzlich erschienene Schrift „Kirche und Klerus“ von A. F., die von Unmährheiten gegen die Kirche strotze. Das Wahrgedicht des heutigen Kampfes gegen uns Katholiken sei Verdächtigung, Verunglimpfung, Lüge und Trug. Redner richtete zum Schluß noch einmal einen warmen Appell an die Katholiken, fest und treu zusammenzutreten; kein guter alibierender Katholik könne gleichzeitig ein Nationalliberaler sein. Unsere große Gefahr liege darin, daß wir ruhig Alles hinnehmen. Für uns müsse auch einmal die Zeit kommen, daß wir aus der händlichen Unterwerfung zum Angriff herantreten. Am Jubiläumstage unseres glorreichen regierenden Kaisers Leo XIII. wollen wir das Gedächtnis ablegen, wie der große Führer der Iren, O'Connell: „Mein Leib gehört der Erde, meine Seele dem Himmel, das Herz aber dem ewigen Gott!“ (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister M o s i s c h, bringt ein Telegramm aus W o n d o r f zur Verlesung, etwa folgenden Inhalts: „Nach überaus glücklichen Verlauf der Mission, senden die besten Glückwünsche zur Jeller Katholikenversammlung P. P. Waterius, Maximilian, Dionysius, Karbonverleiher Stern, Keller, Schäfer.“ Das Telegramm wurde mit großer Freude entgegengenommen. Als bald ergriff Herr Rechtsanwalt S i e b e r t in Waldsüt den Wort zu einem mit schlagenden Citaten belegten gediegenen und pochtenden Vortrage. Er führte etwa Folgendes aus: Vor Jahresfrist erklärte der Sammelruf zum Kulturkampf: Der erste Ruf gegen uns erging auf dem internationalen Freimaurerkongreß zu Paris; dort hieß es, erkläre die Kirche in Lüge und Trug. Er habe sich zu seinem heutigen Vortrage hauptsächlich nur zwei Punkte gewählt: der ewige Hohn und die antikatolische Presse. Der Hohn habe sich den Kampf gegen die katholische Kirche zur Aufgabe gemacht. Ja, aber haben denn die Protestanten nichts zu thun in ihren eigenen Reihen, da sie doch mit Vorliebe stets die katholische Kirche zur Zielscheibe nehmen? Angefichts dessen wird selbst protestantischen Rechtsläubigen anfänglich bange um den Protestantismus. Redner citirte einige Stellen hierfür aus der protestantischen Literatur. In Heidelberg habe der protestantische Bund getagt und dabei Themathe behandelt, die direkte Angriffe auf die katholische Kirche.

Professor Schröder von der Universität Freiburg i. B. für Englisch und Privatdozent Dr. Geert von der Berliner Universität für Volkswirtschaftslehre. Die jüngst verordnete Frau von Mevissen, die Gattin des eigentlichen Begründers der Hochschule, hat der Anstalt weitere 300,000 M. vermacht. — Anlässlich des Jubiläum der Berliner Stadtmision in E i s e n b e r g von der protestantischen-theologischen Fakultät Greifswald zum Ehren doktor der Theologie ernannt worden.

— Versteigerung. Aus London wird berichtet: Die Gemäldesammlung von Edward Toppenny gelangte am Donnerstag bei Meiss. Foster zur Versteigerung und erzielte einige hohe Preise: Sir Henry Macbrunn „John Campbell of Sedall, auf dem Grabe seiner Eltern sitzend“, 49,450 M.; John Gwynne „Portrait einer Dame in Weiß“, 36,550 M.; J. Stanfield „Venedig, Ancona und Analf“, drei Paneele in einem Rahmen, 7310 M. u. f. w.

— Todesfall. Der Kirchenhistoriker Hermann Allmers ist am 9. d. M. in Neudorf (Kreis Westfalen) im 81. Jahre alt, gestorben. Derselbe entnahm einem alten, angelegenen Baugrundstück und wurde am 11. Februar 1821 in Neudorf geboren. Er war zuerst Landwirt, trieb dann in Berlin, München, Nürnberg, Rom apostatische, geographische und kunsthistorische Studien, machte große Wanderungen, zog sich aber immer wieder auf längere Zeit in sein Heimathdorf zurück und blieb schließlich dauernd dort, wo er seinen Hof zu einer Stätte der Wissenschaft machte, zu der Künstler, Philosophen und Gelehrte von weither kamen. Schilderungen seiner Heimath sind in seinem „Waldenbuch“, farbige Kultur- und Landschaftsbilder in den vielgelesenen „Männlichen Sagenbüchern“. Er veröffentlichte außerdem einige Sammlungen Gedichte. Auf norddeutschen Bühnen ist Allmers Drama „Geltza“ aufgeführt worden. Im vorigen Jahre feierte der Dichter unter großer Theilnahme seinen 80. Geburtstag und wurde Ehren doktor der Heidelberger Universität.

— Verheiratet. Die kunstgeschichtliche Gesellschaft in Berlin, der die einen Kunstgelehrten und Museumsbeamten Deutschlands angehören, wird in ihrer nächsten Sitzung, am 14. März, über die Aufnahme von Mitgliedern Beschlüsse fassen. — Der deutsche Bildhauer Josef v. Kopf in Rom feierte seinen 75. Geburtstag. — Der im Vorjahre verstorbene Hofrath Friedrich Kreller hat den Großherzoglichen Hof in Weimar eine große Sammlung, gegenwärtig in Weimar und Schloß, meistens zu seines Vaters größten Werte: den Döhrle'schen, vererbt. — Kammerjäger Nachbauer-München ist seit einigen Tagen sehr schwer erkrankt.

hige Kirche bedeuten. Die Herren hätten doch alle Urache, vor ihrer eigenen Thüre zu stehen. Viel vernünftiger wäre es, wenn die evangelischen Bundesbrüder die katholischen Angelegenheiten uns zu ordnen überließen, denn davon verstehen sie doch nichts. Redner verliest einige Stellen aus dem protestantischen Bundesboten vom Jahre 1890; die Art und Weise, wie man hier über den Katholiken, die Kirche u. f. w. urtheilt, ist geradezu empörend. Angelegere Feindschaft erregte die Aufzählung der kathol. Feiertage, wobei der „Sabbatdienst“ nicht an letzter Stelle kam. So, leider lassen wir uns zu viel bieten. Wir sollten die Angriffe nicht immer ruhig hinnehmen, besonders wenn es sich um die kathol. Kirche handelt. Man könne sich sogar nicht einmal, das Feld der Befehrsversuche auch in unsere Kirchen zu verlegen, indem man die bekannnten Traktaten schon in kathol. Kirchen aufgeschlagen habe. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Presse. Mit zäher Ausdauer hat die gegnerische Presse den Kampf gegen den kathol. Aleris aufgenommen. Sie bringe zunächst Märchen aus Spanien und Portugal. Dabei bilden die Waffen der Lüge, der Unehrhaftigkeit, der Verleumdung ihre Hauptthätigkeit. Die kathol. Presse ist zur Verteidigung da, sie soll den Priestern sozusagen in seiner Predigt entgegen, wenn es sich um kirchenpolitische Fragen handelt. Es ist deshalb ein Mißth des kathol. Mannes, seine Presse zu unterjügen. Die Presse ist das Bindeglied zwischen Volk und Abgeordneten, durch Uebermittlung der Vorgänge des öffentlichen kathol. Lebens, Veröffentlichung der Reden im Parlament, Bekanntgabe wichtiger Tagesfragen. Bischof Kasper nannte die kathol. Presse die Kavalierie des kathol. Volkes. Während den schweren Kulturkampfzeiten haben die Redakteure und Verleger schwere Opfer bringen müssen. Einer der größten Mißthände sei die Erziehung der farblosen Presse. Unter der Maske der Parteilofigkeit schleicht sich die Presse ins Volk, um sich dann später als ein direkter Gegner zu entpuppen. Die Leser solcher Blätter werden in kirchlichen Sachen laun; allein in heutiger Zeit können wir keine zweifelhafte Persönlichkeit gebrauchen. Wir ist ein ausgeprägter Gegner viel lieber, als ein farblosler Nachschlapper. Nur entschiedene Männer kann die heutige Zeit brauchen, entweder Schwarz oder Roth oder Social. Die Amtsvorfänger ohne Ausnahme sind die schlimmsten und giftigsten der liberalen Presse. Wenn im protestantischen Anwaltslande ein kathol. Redakteur sich nur die Hälfte dessen erlauben würde, was die durchweg protestantischen Redakteure der Amtsvorfänger sich gestatten gegen die katholischen Redakteure, so wäre er keine 8 Tage dort. Minister Brauer habe erklärt, er wolle über den Parteien stehen und nicht mehr im Schlepptau jener Nationalliberalen sein, auf deren Schultern der Fluch des Kulturkampfes lastet. Wenn die Amtsvorfänger trotzdem im alten Tone weitermachen, dann sind wir Katholiken ganz allein die Schuld. Aber was für eine Pflicht resultirt aus dem Gekagten; eben daß man seine Pflichten mehr nimmt auf dies und jenes, daß wir uns energisch unserer kathol. Presse annehmen. Die Kräfte durch alle möglichen Unterstüßungen. Aber es fehlt unserem Volke auch an der politischen Schulung. Wir sollten mehr in Versammlungen und Privatgesprächen für die nötige Aufklärung sorgen. Redner kam zum Schluß noch auf die Thätigkeit des Volksvereins zu sprechen und konstirte, daß derselbe nun 185,000 Mitglieder zählt, wovon etwas über 8000. Redner ermahnte für seine vorerfundenen Worte einen reichen und anhaltenden Beifall.

Unter diesen hatten Listen zur Einzeichnung in den Volksverein circulirt, in die sich 87 Mitglieder sofort einzeichneten. Ein sehr hübscher Anfang. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister M o s i s c h, sprach den Herren Rednern den herzlichsten Dank aus für ihre Belagerungen und Leitete denselben in einen Toast, in den die Versammlung zum Zeichen ihres Einverständnisses kräftig einstimmt. Am 36. Uhr wurde die Versammlung, die allüberall einen vortheilhaften Eindruck machte und wie wir hoffen, Manchen aus seiner Rauheit und Energielosigkeit aufrichten dürfte, geschlossen. Uebers Jahr an Wiedersehen!

Kleine badische Chronik.
+ Freiburg, 10. März. Der deutsche Kronprinz wird, auf seiner Reise in Süddeutschland, am Diensta Morgen in Freiburg einreisen, beabsichtigt aber, wie die „Freie Presse“, hier, nach einer kurzen Besichtigung der hauptsächlichsten Sehenswürdigkeiten nach 3 Uhr seine Reise wieder fortzusetzen.
+ Heidelberg, 10. März. Zur Begrüßung des deutschen Kronprinzen, der heute Vormittag 10 Uhr hier eintraf, waren am Abend als Vertreter der Regierung Herr Geheimrath Hüter, als Vertreter der Garnison Bezirkskommandant Oberstleutnant Edöngarth nebst Bezirksadjutanten. Seine Kaiserliche Hoheit unermüdet zunächst unter Leitung des Herrn Oberbauraths Schäfer eine genaue Besichtigung des Schlosses, besuchte dann die Aula der Universität und die Petruskirche und reiste um 2 Uhr über Mannheim nach Speyer und von da nach Karlsruhe zurück.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.
Von einem Vertreter des Mittelstandes wird uns geschrieben: Die Wahlbewegung für die am Mittwoch beginnenden Stadtverordnetenwahlen ist allmählich in Fluß gekommen. Die Sozialdemokraten machen richtige Anstrengungen, den Sieg abzuwenden in der 2. Klasse davonzutragen. Auf ihren Wahlschilder hat sie Arbeiter, Arbeiterpartei, Arbeiterpartei, Arbeiterpartei geschrieben. Dazu auch drei Demokraten, die davon wenig erbaud sein wollen, da die demokratische Partei Wahlenthaltung proklamirt hat. Wahrscheinlich hoffen die Sozialdemokraten durch dieses Manöver Stimmen aus dem Handwerkerstand und dem mittleren und kleinen Beamtenstand zu ergattern. Es wäre aber wahrlich gegen das ureigentliche Interesse gehandelt, wenn Geschäftsleute oder Beamte den Lockungen der Arbeiterpartei Gehör schenken und ihr zum Sieg verhelfen wollten.
Was haben denn die sozialdemokratischen Stadtverordneten bisher für die mittleren und kleinen Beamten oder für die Handwerker auf dem Karlsruher Rathhaus geleistet?

Saben sie nicht gesagt, daß sie nur Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter seien und deren Interessen ausschließlich vertreten wollen? Jeder Handwerker weiß doch, wozu warmes Herz die Sozialdemokraten für das Handwerk besitzen, und daß es ihre offen erklärte Absicht ist, den Mittelstand möglichst zu schädigen und zu schwächen, um die Arme der Besitzlosen zu vergrößern. Das aber gar ein Beamter für die Sozialistenpartei eintritt, können wir nicht glauben, wenn wir ruhig prüfe und bedenke, daß die sich heutzutage den Vorwürfen der Sozialdemokraten an die Gemeindeverwaltung die Laster der Stadt und damit deren Ausgaben fortgesetzt vermehren.
Wer wird aber vor allem von dieser Steigerung der städtischen Lasten betroffen? Weit weniger als die großen Ver-

mögen, deren Höhe nicht genau konstatirbar ist, die mittleren und kleinen Beamten, die Handwerker die kleineren Hausbesitzer, und vor allem die Beamten und Bediensteten, und nicht zuletzt die Arbeiter selbst, da das Einkommen aller dieser Berufsstände auf Heller und Pfennig dem Steuerloos mißfällig bekannt ist.
Wie Du Dich befindest, so wirst Du liegen, rufen wir deshalb unseren mittleren und kleinen Beamtenstand zu. Zu Eure Hand, Ihr Beamten und Handwerker, Ihr Kaufleute und Angehörigen, Ihr Männer des Mittelstandes, ist es gelegt, den Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern. Thut jeder von Euch seine Pflicht und Schulpflicht und erfüllt am 12. März seine Bürgerpflicht, dann werdet Ihr auch Euer gutes Recht dazu beitragen, Frieden und Wohlfahrt, Sparsamkeit und gute Finanzverhältnisse auf dem Karlsruher Rathhaus zu erhalten.

Der „Volksfreund“ läßt sich also vernehmen: „Der Abstimmer enthalten wollen sich der Centramtsarbeiter und zwar deshalb, weil sie einerseits politisches Gehgeßel genug besitzen, sich nicht wie eine Sammelherde dirigiren zu lassen; jetzt die Nationalliberalen als geschworene Feinde zu betrachten und wegen als geeignete Vertreter ihrer Arbeiterinteressen zu wählen. Besonders aber soll die famose Rolle, die unser Oberbürgermeister bei den Verhandlungen vor den Landtagswahlen gespielt hat und wo er die Centramtsarbeiter geradezu „foppelt“, bei den Centramtsarbeitern sehr verpöndelt haben. Das begreifen wir, nicht aber, daß die Centramtsarbeiter zum Theil nicht für die sozialdemokratische Liste stimmen wollen. Bei ruhiger Ueberlegung werden sie sich doch fragen müssen, daß die Wahl auf dem Rathhaus eine nur sehr untergeordnete Rolle spielt, daß dagegen die Interessen der Arbeiter, und diese Interessen sind für alle Arbeiter, ohne Unterschied der Religion und der politischen Ueberzeugung, die gleichen, von den sozialdemokratischen Vertretern am besten und nachdrücklichsten gewahrt werden. Eine Stimmenentziehung käme nur den Gegnern der Arbeiter zugute. Schließlich werden sich die Centramtsarbeiter die Sache noch reiflich überlegen, ehe sie gegen ihre eigenen Interessen aus purer Kurzsichtigkeit verfahren.“

Der „Volksfreund“ befindet sich doch sehr im Irrthum, wenn er glaubt, die Centramtsarbeiter wollen sich der Abstimmer enthalten. Wäre der Verfasser obiger Zeilen am Sonntag Abend in der Centramtsarbeiter-Versammlung im Cafe Roman gewesen, so hätte er sehen können, daß die katholischen Arbeiter durchaus nicht sich der Abstimmer enthalten wollen, sondern mit aller Entschiedenheit für den Kompromißvorschlag einzutreten geneigt sind. Der „Volksfreund“ glaubt übrigens selbst nicht, was er da geschrieben, vielmehr haben wir allen Grund zu der Annahme, daß hier wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens war. Wenn es dann weiter heißt, daß die Politik auf dem Rathhaus eine nur sehr untergeordnete Rolle spielt, so kann man dem nur beistimmen; aber gerade deshalb sollte der „Volksfreund“ davon absehen, die katholischen Arbeiter zur Wahl sozialistischer Stadtverordnete aufzufordern. Denn wenn die Politik keine Rolle spielt auf dem Rathhaus, so ist es doch ein Ziel, als Vertreter des Arbeiterstandes katholische oder konfessionelle oder freisinnige Arbeiter ins Kollegium gewählt werden, es müssen nicht absolut sozialistische sein. Aber da liegt eben der Haken im Pfeffer! Die Arbeiterinteressen werden von den sozialdemokratischen Vertretern am besten und nachdrücklichsten gewahrt“, schreibt der „Volksfreund“ in seiner Bescheidenheit. Wir aber sagen: Niemand schädigt die Interessen der gesammten Arbeiterpartei mehr, als die Socialdemokratie durch die richtungslose Art und Weise, wie sie auf Kosten der übrigen Stände und namentlich des gewerblichen Mittelstandes die ausschließlichen Interessen des Proletariats in den Vordergrund stellt. Darum thun die christlich gesinnten Arbeiter gut daran, der Zuchtpredigt des Socialistenblattes nicht weiter Gehör zu schenken, vielmehr am Wahltag einig und geschlossen ihre Stimmen für den Wahlvorschlag der bürgerlichen Parteien abzugeben. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß bei Aufstellung jeder Kandidaten auch der Arbeiterstand entsprechende Berücksichtigung gefunden hat, indem mehrere Arbeiter auf die Liste genommen wurden, darunter auch die beiden Vorstände des katholischen Arbeitervereins.

Die dritte Klasse der Wahlberechtigten wählt am Mittwoch, den 12. März von Vormittag 10 Uhr bis Nachmittags 7 Uhr 16 Stadtverordnete mit sechsjähriger Amtsdauer. Zur Bezeichnung und Bezeichnung des Wahlgeschäfts sind 8 Wahlkommissionen bestellt und denselben die Wähler nach Wohnort der alphabetischen Reihenfolge ihrer Geselbstnamen zugetheilt. Fünf Wahlkommissionen (für die Wähler Abel bis mit Kuhl) haben ihren Sitz im großen Rathhanssaal. Die sechste Kommission hat die Wahllokal im kleinen Rathhanssaal (1. die Wähler Munde bis mit Scheurer); die siebente Kommission im Zimmer Nr. 37 im zweiten Stock (für die Wähler Schewenz bis mit Thiede Quir); die achte im Zimmer Nr. 41 gleichfalls im zweiten Stock (für die Wähler Thiede May bis mit Jymondus). Zur dritten Klasse der Wahlberechtigten gehören diejenigen, welche für das Jahr 1901 nicht mehr als 44 Mark 4 Pf. Gemeindeumlagen (einschließlich Kapitalrentensteuer) zu zahlen hatten.

Volales.
Karlsruhe, 11. März.
* Eine große Wählerversammlung der bürgerlichen Parteien findet heute Abend 8 Uhr im Eintrachtsaale statt. Wir machen unsere Parteigenossen auch an dieser Stelle hierauf aufmerksam und ersuchen um zahlreiche Theilnahme.
* Der deutsche Kronprinz ist gestern Abend von Speyer aus wieder hierher zurückgekehrt und besuchte mit dem Großherzoglichen Herrschaften die Vorstellung im Hoftheater. Heute Vormittag ist derselbe nach Freiburg weitergereist.

Neueste Nachrichten.
Karlsruhe, 11. März. Vorbericht der 49. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung: Budget des Großh. Ministeriums des Innern. Berichterstatter: Abg. Februnbach. Er stellt zunächst einige Zahlen des jetzigen Budgets denen des früheren gegenüber, die beweisen, daß die Anforderungen auch an dieses Budget höhere geworden sind, was im Interesse der Personen und Einrichtungen, denen diese Anforderungen zugute kommen, nur begrüßt werden könne. Präsident G o n n e r eröffnet hierauf die Generaldebatte. Der erste Redner ist Abg. W i l d e n s. Er glaubt, daß der neue Minister des Innern in wirtschaftlichen Fragen schon längst bewährte Bahnen weitergehen werde und hofft, daß derselbe in politischen Fragen (Wahlrechtsreform) mit sich reden lassen. Er spricht sich hierauf sehr beifällig über einzelne Posten des Etats aus, wenn er auch gewünscht hätte, daß z. B. die Staatszuschüsse für ärmere Gemeinden und Kreise höher wären; er wolle insofern einen Antrag stellen. Unerwähnt findet er die Verhältnisse der Verwaltungsbeamten. Die Auf-

richtungsverhältnisse (Avancement) sollten besser werden; ähnlich sei es bezüglich der Geometer, zu deren Beruf der Zugang schlecht sei wegen unbefriedigender Gehaltsverhältnisse. Unter die Schulpunkte sollte man möglichst mehr Lehrenter aufnehmen und ihre Verhältnisse so gestalten, daß sie zufrieden sein könnten, das werde dann beitragen, daß man immer gutes Material habe. Nichtliches müsse gelagt werden von den Hochbaubeamten. Er schließt mit der von Anfang geäußerten Hoffnung, W a d e r spricht zuerst über die Zurückhaltung des Redners in Besprechung der politischen Seite der Tagesordnung. Wenn Redner auch glaubt, Zurückhaltung sei gegenwärtig angebracht, so meine er doch, W i l d e n s sei zu sehr zurückhaltend gewesen. Das Centrum habe Grund, mit gewissem Vertrauen dem neuen Ministerium des Innern entgegenzusehen. Eine erstrenliche Tafel sei schon die Enthaltung des Ministeriums von jeder Wahlbeeinflussung gewesen. Das habe allerdings seinen Grund zum Theil darin, daß die nationalliberale Partei auf Unterstützung keinen Anspruch machen konnte, da ihre Stellung in der Wahlrechtsfrage in Gegensatz zu dem der Regierung stand. Darüber solle sich die Regierung keiner Täuschung hingeben, daß das Centrum mit derselben Unterschiedlichkeit und Ueberzeugung für die Wahlrechtsreform einträte wie selber, wenn auch einzuweisen in anderer Form als selber. Eine Hauptfrage sei die: wie stellt sich das Ministerium dem nächsten Landtag gegenüber in derselben günstigen Lage befände, wie dem jetzigen gegenüber. Wichtig sei für das gegenwärtige Ministerium, daß keine Partei es für sich in Anspruch nehmen könne wie das vorhergegangene. Es sei zu hoffen, daß sich das auch auf dem Gebiet der Verwaltung bei Anstellung der Beamten zeigen werde. Er verliest hierauf einen Artikel eines Amtsverordneters, der sich zum Theil in bescheidenden Ausdrücken gegen die katholischen Krankenschwestern richtet und eine merkwürdige Unfreundlichkeit gegen dieses Institut zeigt. Es handelt sich um den Amtsverordneter in Waldsüt. Er will damit der Regierung Gelegenheit geben, zu zeigen, daß sie anderer Meinung ist. Darauf bezieht der Redner einzelne Fragen, die von W i l d e n s behandelt wurden. Er ist nicht in allem mit W i l d e n s einverstanden, insbesondere glaubt er nicht, daß eine grundsätzliche Besserung bei der Verwaltungsbeamten geboten sei; sie seien nicht schlimmer daran als die Justizbeamten. Er schließt mit dem Wunsch, das Einverständnis des Hauses in politischen Fragen möge auch zum Einverständnis der Regierung mit dem Hause werden. Redner pflichtet bezüglich der Verwaltungsbeamten dem Abg. W a d e r bei und führt dies mit triftigen Gründen aus. Er sieht den Hauptgrund für den schlechten Zugang zur Verwaltung darin, daß man höher politische Ansprüche an sie gemacht hat von Seiten der Regierung. Das sei nicht nach Jedermanns Geschmack, abgesehen davon, daß deswegen nur Beamte bestimmter politischer Richtung zur Verwaltung herangezogen werden konnten. Er spricht weiter der Regierung seine Anerkennung aus für verschiedene Posten im Budget.

Der Redner spricht noch weiter, die Sitzung dauert fort. Wien, 10. März. Ein böhmisches Blatt meldet aus Kratau, Oberst Grimm in Warschau, der in der Verwaltung des Warschauer Kriegsbezirks thätig war, wurde verhaftet. Seit zehn Jahren soll Grimm Abkühlungs- und Vertheidigungspläne an Deutschland verkauft haben.

Brüssel, 11. März. Gelegentlich eines gestern Abend abgehaltenen Meetings kam es zu großen Demonstrationen in Gunsten des allgemeinen Stimmrechts. Nach Schluß der Versammlung, die von über 1000 Personen besucht war, kam es während der ganzen Nacht auf den Straßen zu heftigen Zusammenstößen zwischen Manifestanten und der Polizei und Gendarmen. Auf beiden Seiten wurde von der Waffe Gebrauch gemacht. (W. Pr.)

London, 10. März. „Beit Men“ meldet von hier: Die Zahl der von Delarey gefangenen Wankhaften Weibchen beträgt tausend; die von Keitener angegebene Zahl von 201 Gefangenen sei nur die der nicht wieder freigelassenen Engländer. — Wie verlautet, erhielt das Kriegsamt eine Meise, wonach bei Virengeneral Delarey Lord St. Vincent mitgeteilt habe, daß er Lord Keitener als Geisel behalten würde. New-York, 10. März. In der Stadt New-York sind 10 „Jett.“ Jig. Narkomen ausgebrochen. 30 Personen wurden verhaftet.

Handel und Verkehr.
Mannheim, 10. März. (Erfoltsbörse.) Die Börse verkehrte heute etwas ruhiger. Kleinere Umsätze vollzogen sich in Süddeutschen Bank-Aktien zu 168 Pf., und in Aktien der Brauerei Reichenau zu 145 Pf. gefragt. Von Brauereien waren noch Badische zu 145 Pf. gefragt, dagegen Gieseler'sche zu 140 Pf. gefragt. Von Bankaktien notirten: Verein gemischer Fabrikanten 183.75 Pf., Vereinigte Freiburger Brauerei 116 G., Zuckerfabrik Waghausel 78.80 Pf.

Karlsruher Landesbuch-Auszüge.
Eheaufgebote: 8. März. Adolf Weichte von hier, Versicherungsbeamter hier, mit Luise Bremer von hier, — Konrad Wolf von Eppingen, Glaser hier, mit Beate Wilhelmine Petter von Philippsburg.
Geburten: 4. März. Karl Friedrich Wilhelm, Vater Josef Fritz, Kaufmann. — Otto Ferdinand, Vater Ferdinand Josef Hartmann, Schneider. — 5. März. Sofie Bertha, Vater Valentin Schiffereder, Stadtagelöhner. — 6. März. Josef Franz, Vater Josef A. ver, Brauereiarbeiter. — 7. März. Emilie, Vater Wilhelm Barry, Einflößer. — 8. März. August, Vater Augustin Schneider, Schuhmachermeister. — 9. März. Vertha Franziska, Vater Leopold Adam, Tagelöhner. — 8. März. Anna Maria, Vater Wilhelm Wirth, Fabrikarbeiter. — Pauline Friederike, Vater Karl August Oberer, Maschinenarbeiter. — Amalie Agnes, Vater Paul Oberer, Wagenführer.
Todesfälle: 7. März. Maria, alt 8 Jahre, Vater Philipp Waldauer, Fuhrmann. — 8. März. Rudolf Desfort, Kaufmann, ein Urenkel, alt 50 Jahre. — Marie Stalger, alt 30 Jahre, Oberin des Saubmachers August Stalger. — Friedrich Karl von Reich, Oberleutnant, ledig, alt 31 J. — Friedrich Edmund, Glendrecht, ein Urenkel, alt 26 Jahre. — 9. März. Katharina Wöhr, alt 67 Jahre, Witwe des Bauherrn Peter Wöhr. — Emilie Marie, alt 1 Monat 11 Tage, Vater Eduard Wöhr, Müller. — Felix Deminger, Bahnarbeiter, ein Urenkel, alt 69 Jahre. — Adolf, alt 1 Monat 17 Tage, Vater Philipp Waldauer, Fuhrmann. — 10. März. Charlottine Wehne, alt 35 Jahre, Witwe des Hofmaitenhandlers Emil Wehne.

Theater in Baden.
Mittwoch, 12. März. 24. Ab. West. Zum ersten Male: „Es lebe das Heer“, Drama in 5 Akten von Herman Endemann. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

